

Im Überblick ...

Uwe Tanvir Pinno und Michael Böcher

Rücktritt des Präsidenten

Am 21. Juni ist der Präsident Bangladeshs, der 71-jährige Badruddoza Chowdhury, offiziell zurückgetreten. Die Regierungskoalition, die ihn im November letzten Jahres einstimmig gewählt hatte, hatte ihn in einer - ebenfalls einstimmig beschlossenen - Resolution zum Rücktritt aufgefordert. Aus „Respekt vor der Demokratie“ nahm der, ebenfalls der Regierungspartei angehörige BNP-Politiker die Resolution an und trat zurück. Als Grund für die Resolution wurde „Verrat an seiner eigenen Partei“ genannt. Chowdhury hatte in seiner offiziellen Erklärung zum Todestag des Ex-Staatsoberhauptes und Gründers der BNP, Ziaur Rahman, diesen als „einen stolzen Sohn der Geschichte des Befreiungskrieges“ bezeichnet, hatte es aber versäumt, Ziaur als denjenigen heraus zu stellen, der die Unabhängigkeit Bangladeshs proklamiert hatte. Zudem nahm er an den Feierlichkeiten am Grabmahl Ziaurs nicht teil.

Chowdhury begründete seinen Schritt mit der Äußerung, dass er als Präsident neutral sein mußte und sein Amt der Parteizugehörigkeit vorzuziehen habe.

Geschichtlich ist nicht klar, wer im damaligen Streit mit Pakistan die Unabhängigkeit des Staates Bangladeshs ausgerufen hatte. Bis heute ist es ein Politikum, da nach anderen Meinungen es der ebenfalls ermordete Sheik Mujibur Rahman gewesen sein soll, dessen Tochter, Sheik Hasina - ehemalige Premierministerin - die stärkste Oppositionspartei, die Awami League, anführt.

Noch in diesem Jahr hatte es Streiks und Demonstrationen mit Ausschreitungen um die Entscheidung der Regierung gegeben, die von der ehemaligen Regierung in offiziellen Büros aufgehängten Bilder Mujibur Rahmans abhängen zu lassen.

Die Aufgaben des zurückgetretenen Präsidenten nimmt verfassungsgemäß der Parlamentssprecher Jamiruddin Sircar, ebenfalls BNP-Parteimitglied, wahr. Er gilt auch als Favorit für das Amt eines neuen Präsidenten, der laut Verfassung innerhalb der nächsten 90 Tage in Bangladesh gewählt werden muß. Für das Amt des Parlamentssprecher gelten nach Meinung der bangladeshschen Tageszeitung *Daily Star* der jetzige Justizminister Moudud Ahmed und der Industrieminister MK Anwar als aussichtsreichste Kandidaten.

Chowdhury selbst zeigte sich in den Interviews der folgenden Tage als „nicht nur politisch, sondern auch menschlich tief enttäuscht“. Die Parteikoalition hatte Chowdhurys eigenen Sohn, ebenfalls aktives BNP-Mitglied dazu gedrängt, die mit keiner Gegenstimme unterzeichnete Resolution den Präsidenten zu überbringen.

Es habe auch keine Gespräche mit der Premierministerin Khaleda Zia gegeben und nach seinem Rücktritt habe sich keiner seiner Parteigenossen nach ihm erkundigt. Chowdhury erklärte seinen völligen Rückzug aus der Politik.

In einem Interview, ebenfalls mit *Daily Star* äußerte Chowdhury Zweifel, ob sein Verhalten zum Todestag Ziaur wirklich der Grund für die Entscheidung seiner Partei gewesen sei, führte dies aber nicht näher aus.

Badruddoza Chowdhury ist der erste Generalsekretär der von Ziaur gegründeten Partei gewesen und erschien in der Geschichte der BNP oftmals richtungsweisend, aber auch unbequem:

Beim letzten Wahlsieg einer BNP-Koalition im Jahr 1991 hatte er sich geweigert, daß Amt des Erziehungsministers zu übernehmen. Nachdem eine BNP-Koalition Anfang Oktober letzten Jahres den

klarsten Wahlsieg in der Geschichte Bangladeshs errungen hatte, hätte er nur mit persönlichem Druck auf die Partei seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten durchsetzen können, äußerte sich die bangladeshsche Zeitung *Itfaq*. Gerüchten zu Folge, so die gleiche Zeitung, hätte Chowdhury sich privat in seiner Amtszeit im Hause höherer *Awami League*-Funktionäre aufgehalten, was ihn bei seiner Partei verdächtig machte.

Chowdhury selbst äußerte sich wiederholt zu seiner Haltung gegenüber der Partei. Der Präsident müsse neutral bleiben und das Präsidentenbüro sei kein Parteibüro, so sein Credo.

Die Opposition reagierte auf den Rücktritt des Präsidenten mit scharfer Kritik: Eine Partei könne keinen Präsidenten abwählen, auch nicht indirekt. Der interne Druck der Regierungsparteien offenbare das System einer Politik der Drohung und der Korruption. Man sehe jetzt die parlamentarische Demokratie gefährdet, so Sheik Hasina in *The Independent*. Einige Zeitungen sehen auch einen direkten Zusammenhang zur personellen Umstrukturierung der BNP. Nur Tage nach dem Rücktritt wurde Khaleda Zias Sohn Tarique Zia Generalsekretär des Zentralkomitees der BNP und gilt als der möglicher Nachfolger Khaleda Zias.

Tarique gilt als BNP-*Hardliner*, der seine Partei reorganisieren und die Basis stärker einbeziehen will. Obwohl er mit „Basis“ insbesondere die Landbevölkerung meint, vermuten einige Kommentatoren die stärkere Einbindung der radikaleren Studentenorganisation **D**

Die Bangladesh-Meldungen wurden in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Netz Bangladesh“ erstellt.

AL kehrt ins Parlament zurück

Die *Awami League*, stärkste Oppositionspartei in Bangladesh, gibt ihren seit der Wahl im Oktober letzten Jahres bestehenden Boykott des Parlaments auf. Grund für den Boykott war der Vorwurf der Wahlfälschung gegenüber der mit großer Mehrheit an die Regierung gekommenen BNP und die daraus folgende Nichtanerkennung eines legalen Parlamentes durch die *Awami League*.

Wohl auch durch den Druck des Auslandes und zahlreicher internationaler Organisationen, die von Streik und außerparlamentarischen Protesten geprägte Politik der AL aufzugeben und die eigene

Wahlniederlage endlich anzuerkennen, beschloss das *Central Working Comitee* der AL die Rückkehr ins Parlament, um an der anstehenden Haushaltsdebatte teilzunehmen.

Dem vorausgegangen war am 12. Juni ein personeller Umbau der Partei. Insgesamt sieben hohe Parteifunktionäre und weitere 14 in Parteiämtern stehende Mitglieder wurden von ihren Posten entfernt. 350 weitere AL-Parteimitglieder wurden vom *Central Working Comitee* wegen ihrer „Disziplinlosigkeit“ im vergangenen Wahlkampf scharf ermahnt.

Kommunalwahlen

Ende April fand u. a. in Dhaka die erste Kommunalwahl nach dem Regierungswechsel statt. Überschattet waren die Wahlen von Gewaltausschreitungen.

Der für den Stadtteil Gulshan aufgestellte BNP-Führer Wahiduzzam wurde erschossen. Auch unabhängige Kandidaten erhielten wiederholt Morddrohungen. Von mehreren Attentaten mit Toten und Verletzten berichtete die bengalische Presse. Aus den Wahlen ging die BNP als Gewinner hervor. Die Opposition hatte die Wahlen boykottiert. Die Wahlbeteiligung war mit 25 Prozent äußerst gering. In Bangladesh verfügen die städtischen Parlamente nur über geringen Einfluß.

Neue Zahlen zu der Situation von Jugendlichen

Das *South-South Center Bangladesh* legte in einem Workshop mit dem Titel *Adolescent Reproductive Health in Bangladesh* neue Zahlen in Bezug auf die Situation von Jugendlichen in Bangladesh vor. Demnach wächst der Bevölkerungsanteil der Jugendlichen mit 4,3 Prozent gegenüber 1,7 Prozent des totalen Bevölkerungswachstums in Bangladesh weiter rasant. 20 Prozent der Bevölkerung in Bangladesh ist unter zehn Jahre alt. Bei 20 Prozent der jährlichen Geburten sind die Mütter unter 20 Jahre alt. Bangladesh hat damit die höchste Rate von Müttern unter 20 Jahre weltweit. Der Workshop ergab, daß zur

Zeit eine alarmierende Zunahme von Geschlechtskrankheiten zu verzeichnen sei. 83 Prozent der Jugendlichen habe weder von Geschlechtskrankheiten noch von AIDS gehört.

Der Direktor des *Medical College Hospital*, Dr. Sibbir Ahmed, äußerte sich jüngst zum Bekanntwerden von 33 weiteren AIDS-Fällen in Sylhet. Seiner Ansicht nach sei die Dunkelziffer von AIDS-Fällen inzwischen enorm hoch. Umfangreiche Bluttests werden kaum durchgeführt, so daß nur ein sehr geringer Prozentsatz der AIDS-Fälle überhaupt bekannt werde.

Doch kein „Hafiz“-Whiskey

Am 14. Juni zog die Regierung ihre erst vor einem Monat beschlossene Lizenzvergabe für die Herstellung von alkoholischen Getränken zurück.

Grund hierfür sind die Proteste islamischer Gruppen, welche die Alkoholproduktion ganz verbieten möchten. Die *Jamuna Distillery* wäre die erste private Firma für die Herstellung von alkoholischen Getränken gewesen und hatte bereits über den Namen *Hafiz* für ihren Whiskey geworben. Hafiz war ein moslemischer mystischer Dichter.

Trotz islamischen Alkoholverbots sind alkoholische Getränke besonders bei der höheren Mittelschicht beliebt.

Außenminister dementiert Verfolgung von Minderheiten

Außenminister M. Morshed Khan wies die Vorschläge des US-Kongressabgeordneten Benjamin Gillman zurück, ein spezielles Gesetz zum Schutz der Minderheiten in Bangladesh zu schaffen. „Es gibt kein Minderheitenproblem in Bangladesh“, sagte er Journalisten, nachdem in bengalischen Zeitungen über den Vorschlag Gillmans berichtet wurde.

Benjamin Gilman ist Vorsitzender des Ausschusses für südasiatische Angelegenheiten im US-Senat. Er schlug ein solches Gesetz im Rahmen eines internationalen Symposiums in New York vor, das von der bangladeshischen Minderheit in den USA organisiert wurde. Außenminister Khan erklärte, daß in Bangladesh alle Bürger, unabhängig von ihrer Religion, ihrer Kaste und ihrem Glauben, gleich behandelt werden und es keine religiöse Diskriminierung gebe. Daher sei keine neue gesetzliche Regelung notwendig. Für ihn sei Bangladesh ein Land absoluten Friedens und Gerechtigkeit. Schließlich wies er den Vorwurf Gilmans zurück, daß die regierende Vierparteienallianz unter Führung der BNP die Diskriminierung religiöser Minderheiten dulde.

Weißbuch zur *Awami League*

Am 3. Mai stellte die Regierung Bangladeshs den zweiten Teil eines „Weißbuchs“ zur Bilanz der Regierungszeit der *Awami League* vor. Es dokumentiert die angeblichen Verfehlungen der *Awami League*, insbesondere was Korruption und die Verschwendung von Ressourcen angeht. Die von der BNP geführte Regierungskoalition hatte bereits am 23. Januar den ersten Teil des Papiers vorgestellt, das 40 angebliche Fälle von Korruption, Finanzunregelmäßigkeiten und Machtmißbrauch der Vorgängerregierung unter Sheikh Hasina anprangert. Der nun vorgestellte zweite Teil enthält noch einmal 20 verschiedene Fälle. So sei z. B. die Auftragsvergabe an den südkoreanischen Daewoo-Konzern zum Bau von Marinefregatten mit Unregelmäßigkeiten versehen und gar nicht notwendig gewesen. Dieser Auftrag sei nur zur Subventionierung des Unternehmens zu Stande gekommen. Außerdem seien in einigen Fällen staatlicher Bauvorhaben Unregelmäßigkeiten und Korruption an der Tagesordnung gewesen.